

Die Zahl der Banken, die von der internationalen Bankenkrise betroffen sind, nimmt täglich zu. Es ist davon auszugehen, dass sich die aktuellen Entwicklungen auch auf die Einnahmesituation der Stadt in den Jahren 2009/2010 und ihr kommunales Vermögen auswirken.

Ich frage:

1. Betrifft die Bankenkrise in irgendeiner Form die Stadt Halle und ihre städtischen Beteiligungen, insbesondere hinsichtlich bestehender Geldanlagen und Kreditgeschäfte sowie Cross-Border-Leasing-Geschäfte?
2. Im Rahmen des vom Stadtrat im November 2007 beschlossenen Konzepts zum Abbau des Altdefizits sind im Bereich der kommunalen Wohnungswirtschaft in den nächsten beiden Jahren Gewinnausschüttungen und der Verkauf von Geschäftsanteilen vorgesehen. Wie beurteilt die Stadtverwaltung vor dem Hintergrund der aktuellen Bankenkrise die Realisierbarkeit des für 2009 und 2010 beabsichtigten Beitrags zur Haushaltskonsolidierung in Höhe von insgesamt 157 Mio. €?

Antwort der Verwaltung:

Frage 1:

Betrifft die Bankenkrise in irgendeiner Form die Stadt Halle und ihre städtischen Beteiligungen, insbesondere hinsichtlich bestehender Geldanlagen und Kreditgeschäfte sowie Cross-Border-Leasing-Geschäfte.

Beantwortung - Auswirkungen auf die Stadt Halle (Saale):

a) Auswirkungen auf Geldanlagen:

Die Stadt Halle (Saale) hat die Entwicklung des Kapital- und Geldmarktes im Juli/ August 2007 erkannt und aus diesem Grund entschieden, die erwirtschafteten Einnahmen als Termingelder anzulegen und die Ausgaben über Kassenkredite zu finanzieren, um hierbei Zinsvorteile zu erzielen, die zur Senkung der Kassenkredit-Zinsausgaben verwendet werden.

Das dafür zuständige Team Schulden- und Liquiditätsmanagement hat bei Geldanlagen strenge Maßstäbe gesetzt, um zum einen die Zinsausgaben bestmöglich zu optimieren und zum anderen die Sicherheit nicht zu vernachlässigen.

Zu diesen Maßstäben gehören u. a.:

1. ausschließliche Geldanlagen mit 100%-iger Einlagensicherung (Tagegeld und Festgelder),
2. Streuung der Geldanlagen auf mehrere Banken und
3. Ständige Gewährleistung der eigenen Liquidität bei strikter Einhaltung der gültigen Kassenkreditermächtigung.

Die Ausnutzung dieser Marktlage durch das wirtschaftliche Handeln der Stadt Halle (Saale) wird von der Kommunalaufsicht getragen.

b) Auswirkungen auf Kreditgeschäfte:

Bei bestehenden investiven Kreditgeschäften hat die derzeitige Bankenkrise keinerlei Auswirkungen auf die vertraglichen Verpflichtungen der Stadt Halle (Saale). Unabhängig von der Liquiditätssituation der Gläubigerbanken sind die vertraglichen Zins- und Tilgungsleistungen zum vereinbarten Fälligkeitsdatum weiterhin zu zahlen.

Was zukünftige investive Kreditgeschäfte betrifft, hat die Stadt Halle (Saale) in vergangenen Jahren teilweise über das Jahr 2010 hinaus anstehende Umschuldungen mittels Forwarddarlehen bzw. Forwardswaps mit festen Zinssätzen gesichert. Mit diesen Maßnahmen sind die genannten Darlehen gegen eventuelle Zinserhöhungen auf dem Kapitalmarkt geschützt.

Die Stadt Halle (Saale) hat sich auch im Jahr 2008 für eine an den täglich durch die EZB gewichteten Durchschnitt der Tagesgeldzinssätze orientierte (variable) Finanzierung des gesamten Kassenkreditbestandes entschieden, anstatt Festzinskassenkredite aufzunehmen.

Die Kapitalmarktentwicklung wird tagtäglich von der Stadt Halle (Saale) beobachtet, um Schlussfolgerungen in Bezug auf die Finanzierungsform der Kassenkredite zu ziehen. Es ist derzeit angedacht, zu einem geeigneten Zeitpunkt zumindest einen Teil der Kassenkredite mit einem Festsatz zu sichern.

Beantwortung Auswirkungen auf die städtischen Beteiligungen:

(nach Recherche durch die BMA)

Frage 1:

Betrifft die Bankenkrise in irgendeiner Form die Stadt Halle und ihre städtischen Beteiligungen, insbesondere hinsichtlich bestehender Geldanlagen und Kreditgeschäfte sowie Cross-Border-Leasing-Geschäfte.

Beantwortung:

a) Auswirkung auf Geldanlagen

Soweit ermittelbar, wurden für Geldanlagen durch die Beteiligungsgesellschaften konservative Anlageformen gewählt. Eine Verringerung der geplanten Zinserträge zeichnet sich derzeit nicht ab.

Die bedeutendste Einzelposition der Wertpapiere, welche zur Finanzierung der Sanierungs- und Rekultivierungsaufwendungen der Deponie Halle – Lochau dient, ist von der Bankenkrise nicht betroffen. Die entsprechenden Fonds werden zudem täglich überwacht. Bisher existieren nach Auskunft der Gesellschaft keine Anzeichen für Wertänderungen über das übliche Maß hinaus.

Geldanlagen, welche im Rahmen des Cash-Pools getätigt werden, sind auskunftsgemäß in voller Höhe einlagengesichert. Sollte es trotz der Einlagensicherung vorübergehend dazu kommen, dass keine Auszahlungen getätigt werden, besteht das Risiko einer notwendigen Zwischenfinanzierung. Ob und in welchem Umfang daraus resultierende Kosten dem Unternehmen ersetzt werden, ist bisher ungeklärt.

b) Auswirkungen auf Kreditgeschäfte

Die Konditionen (Zins, Zinsbindung und Laufzeit) bestehender Kredite sind vertraglich fixiert. Für diese bestehen keine Risiken.

Risiken bei Kreditgeschäften bestehen aus heutiger Sicht für den Fall einer Prolongation von bestehenden Darlehen bzw. bei der geplanten Neuverschuldung der Gesellschaften. Aus der aktuellen Entwicklung kann derzeit nicht abgesehen werden, wie sich zukünftig die Zinsen

entwickeln. Insofern ist das Risiko steigender Zinsbelastungen gegeben, jedoch zum heutigen Zeitpunkt nicht konkret qualifizierbar.

Zudem ist als Risiko identifizierbar, dass bei zukünftigen Kreditvergaben durch die Banken höhere Anforderungen an beizubringende Sicherheiten gestellt werden. Allerdings gibt es dazu bisher keine konkreten Erkenntnisse.

c) Cross-Border-Leasing

Die HAVAG hat vier Cross-Border-Leasing-Verträge abgeschlossen. Nach derzeitigem Kenntnisstand war von der Bankenkrise in den USA nur eine Transaktion betroffen. Ursache war die Verschlechterung des Ratings eines US-amerikanischen Vertragspartners. Das daraus resultierende Bonitätsrisiko wurde durch Einlage von Wertpapieren bei einem unabhängigen Dritten durch den US-amerikanischen Vertragspartner wirksam abgesichert.

Frage 2:

Im Rahmen des vom Stadtrat im November 2007 beschlossenen Konzepts zum Abbau des Altdefizits sind im Bereich der kommunalen Wohnungswirtschaft in den nächsten beiden Jahren Gewinnausschüttungen und der Verkauf von Geschäftsanteilen vorgesehen. Wie beurteilt die Stadtverwaltung vor dem Hintergrund der aktuellen Bankenkrise die Realisierbarkeit des für 2009 und 2010 beabsichtigten Beitrags zur Haushaltskonsolidierung in Höhe von insgesamt 157 Mio. €?

Beantwortung:

Der Konsolidierungsbeitrag in Höhe von 157 Mio. € für die Jahre 2009 und 2010 setzt sich aus Gewinnausschüttungen der Wohnungsgesellschaften und dem Verkauf von Geschäftsanteilen an den Wohnungsgesellschaften zusammen.

Die Gewinnausschüttungen sollen im Wesentlichen aus dem Verkauf von Wohnungen (Buchgewinne) und dem operativen Geschäft der Gesellschaften kommen.

Das Ergebnis der Gesellschaften wird unter anderem vom Zinsergebnis beeinflusst. Diese Entwicklung ist noch nicht konkret absehbar.

Angesichts der Lage auf dem Immobilienmarkt vereinfacht sich die Realisierung der für 2008 geplanten Verkaufserlöse und daraus resultierender Ausschüttung in 2009 nicht.

Für den Verkauf von Geschäftsanteilen an GWG und an HWG bis zum Jahr 2010 ist die Marktlage derzeit nicht absehbar. Transaktion mit dem angestrebten Volumen erscheinen erst realisierbar, wenn die weltweite Systemkrise der Bankenwirtschaft überwunden sein wird.

Egbert Geier
Beigeordneter
